

Bau- und Planungsausschuss

Protokoll Nr. BPA/08/2013

**über die öffentliche Sitzung des
Bau- und Planungsausschusses am 22.05.2013,
Rathaus, Sitzungszimmer 601**

Beginn der Sitzung : 19:00 Uhr
Ende der Sitzung : 20:23 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Jörg Hansen

Stadtverordnete

Frau Carola Behr
Herr Uwe Graßau
Herr Rolf Griesenberg
Herr Rafael Haase
Frau Anna-Margarete Hengstler
Frau Monja Löwer
Frau Susanne Philipp-Richter
Herr Michael Stukenberg

i. V. f. StV Thomas Bellizzi,
beratendes Mitglied

Bürgerliche Mitglieder

Herr Uwe Gaumann

i. V. f. StV Heino Wriggers

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Frau Karen Schmick
Herr Angelius Krause

ab TOP 2, 19:03 Uhr

Behindertenbeirat,
öffentlicher Teil

Herr Felix Leive

Kinder- und Jugendbeirat,
öffentlicher Teil

Sonstige, Gäste

Frau Dr. Astrid Hansen

Landesamt für Denkmalpflege
Schleswig-Holstein, Kiel,
zu TOP 5/6

Herr Stefan Heitmann

Prüfsachverständiger für Brand-
schutz, zu TOP 5

Herr Dirk Bening

Bening GmbH & Co. KG,
zu TOP 11

Herr Björn Trüper

Herr Michael Eckwolf
Herr Kai Sternberg

Bening GmbH & Co. KG,
zu TOP 11
Gewibau, zu TOP 12.1
sternberg werner architekten,
zu TOP 12.1

Verwaltung

Herr Michael Sarach
Frau Angelika Andres
Herr Achim Keizer
Herr Andreas Schneider
Frau Anette Kruse
Herr Wolfgang Meinert
Frau Maren Uschkurat

bis TOP 6, 19:55 Uhr

Protokollführerin

Entschuldigt fehlt/fehlen

Stadtverordnete

Herr Thomas Bellizzi
Herr Heino Wriggers

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Festsetzung der Tagesordnung
2. Einwohnerfragestunde
3. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 7/2013 vom 08.05.2013
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- a b g e s e t z t -
5. Brandschutzsanierung für das Ahrensburger Rathaus mit Vorstellung des Nottreppenhauses
6. Einschätzung der Brandschutzsanierung des Rathauses durch das Landesamt für Denkmalpflege
- Bericht über mögliche Verfahren und Chancen
7. Gestattungsvertrag über die Nutzung des Quartiersplatzes **2013/058**
- a b g e s e t z t -
8. Stadtverkehr Ahrensburg (Linienbus) **2013/057**
- Bericht über den Verfahrensstand und die anstehenden Entscheidungen
9. Kenntnisnahmen
- 9.1 SPNV- und ÖPNV-Vorgänge
- 9.2 Abschnittsweise Deckenerneuerung im Dänenweg 2013
- 9.3 Umgestaltung des Verbindungsweges Lohkoppel/Rickmerspark
- 9.4 Niederschrift der Sitzung der Fluglärmenschutzkommission
- 9.5 Fluglärmreport 26 der Flughafen Hamburg GmbH
- 9.6 Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans 2015
- 9.7 Bauvorhaben Parkaue
- 9.8 Mängelliste des Behindertenbeirates
10. Verschiedenes
- 10.1 Erweiterung Hugo-Schilling-Weg
- 10.2 Begrünung Klaus-Groth-Straße

- 10.3 Verweisung an Umweltausschuss
- 10.4 Fahrstuhl in der Manhagener Allee
- 10.5 Verschönerung der Rampen in der Klaus-Groth-Straße
- 10.6 Abstimmung mit den Ahrensburger Schulen
- 10.7 Sondernutzung durch den Eispavillon Hagener Allee
- 10.8 Danksagung durch den Vorsitzenden

1. Festsetzung der Tagesordnung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

Die Verwaltung nimmt Bezug auf die in der Einladung vom 08.05.2013 vorgeschlagene Tagesordnung. Wie die Verwaltung mitteilt, kann der Tagesordnungspunkt 4 „Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse“ entfallen, da in der letzten Sitzung keine Beschlüsse gefasst wurden.

Ferner beantragt die Verwaltung, den Tagesordnungspunkt „Gestattungsvertrag über die Nutzung des Quartiersplatzes“ abzusetzen, da die Verhandlungen mit dem Vertragspartner nicht rechtzeitig abgeschlossen werden konnten und darüber hinaus nunmehr geprüft wird, ob statt des Gestattungsvertrages nicht eine Lösung sinnvollerweise durch eine andere Vertragsform erzielt werden kann. Von daher ist auch nicht die angekündigte Vorlagen-Nr. 2013/058 im Vorwege ausgefertigt und verteilt worden.

Abschließend bezieht sich die Verwaltung auf den bereits in der vorangegangenen Sitzung geplanten nicht öffentlichen Tagesordnungspunkt „Gewerbeangelegenheit“. Wie bereits in der letzten Sitzung angesprochen, war die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes kurzfristig nicht möglich und soll in der heutigen Sitzung als neuer Tagesordnungspunkt 11 „Gewerbeangelegenheit“ aufgenommen werden.

Ohne weitere Aussprache wird anschließend mit Hinweis auf die überwiegenden Belange des öffentlichen Wohls und der berechtigten Interessen einzelner über den Antrag des Vorsitzenden auf Ausschluss der Öffentlichkeit bei den TOP 11 bis 13 abgestimmt.

Der BPA stimmt einstimmig und damit mit der gemäß § 46 Abs. 8 i. V. m. § 35 Abs. 2 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein erforderlichen Mehrheit von 2/3 der anwesenden Ausschussmitgliedern zu.

Ansonsten gibt es keine Änderungswünsche zur vorgeschlagenen Tagesordnung.

Letztlich wird der angepassten Tagesordnung zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

2. Einwohnerfragestunde

Herr Lang aus dem Stadtteil Hagen nimmt Bezug auf den Tagesordnungspunkt 8 und kritisiert, dass weiterhin keine Busanbindung zwischen dem Stadtteil Hagen und Volksdorf vorgesehen ist. Sein Wunsch ist, dass dies zukünftig geändert wird und ein regelmäßig fahrender Bus vom Stadtteil Hagen nach Volksdorf eingeplant wird.

Anmerkung der Verwaltung:

Das Thema einer direkten Busverbindung zwischen dem Stadtteil Am Hagen und dem U-Bahnhof Volksdorf ist bereits in der Vergangenheit aufgegriffen worden, zumal - abgesehen von den Nachtbussen - sich das ÖPNV-Angebot von Ahrensburg nach Hamburg auf die Schienenwege U1 und R10 beschränkt. Diese Idee ist vor dem Hintergrund einer angemessenen Auslastung der U1 auf Stormarner Hoheitsgebiet sowie einem sinnvollen und wirtschaftlichen Einsatz öffentlicher Mittel zu beurteilen. Im Masterplan Verkehr ist das Thema im Kapitel „Konzeption für den ÖPNV“ wie folgt aufgegriffen worden (vgl. auch Vorlagen-Nr. 2013/057, handschriftliche Seite 11 oder Seite 76 des 3. Teils des MPV):

Die Linie 269 verläuft künftig von der Siedlung Steinkamp über das Stadtzentrum und den ZOB halbstündlich weiter wie bisher über U-Ost zur Siedlung Hagen und zum Waldgut Hagen bzw. zum Kratt. Zusätzlich wird vorgeschlagen, die Linie vom Braunen Hirschen über Eulenkrukgstraße bis zur U-Volksdorf zu verlängern, um eine deutliche Fahrzeitverkürzung von/nach Volksdorf zu erreichen. Hier sind aber noch weitergehende Abstimmungen mit dem HVV und der Hansestadt Hamburg als ÖPNV-Aufgabenträger erforderlich. Durch die Durchbindung der Linie am ZOB entsteht eine direkte Anbindung des südlichen Stadtgebietes an den Rathausplatz.

Die Verwaltung wird bei der Vorbereitung der Busausschreibung für den Bedienungszeitraum ab Dezember 2014 entsprechend Kontakt aufnehmen zum Kreis Stormarn, zum HVV und zur FHH.

Herr Dr. Lange nimmt Bezug auf den Tagesordnungspunkt 5 und gibt zu bedenken, dass seiner Auffassung nach die Brandschutzsanierung für das Ahrensburger Rathaus nicht notwendig sei. Er verweist in diesem Zusammenhang auf den Bestandsschutz und bittet mitzuteilen, ob dieser nicht die Brandschutzsanierung entbehrlich machen würde. Die Verwaltung sichert zu, diese Frage im Rahmen des Tagesordnungspunktes zu beantworten.

3. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 7/2013 vom 08.05.2013

Keine Einwände. Das Protokoll gilt damit als genehmigt.

4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

– a b g e s e t z t –

5. Brandschutzsanierung für das Ahrensburger Rathaus mit Vorstellung des Nottreppenhauses

**6. Einschätzung der Brandschutzsanierung des Rathauses durch das Landesamt für Denkmalpflege
- Bericht über mögliche Verfahren und Chancen**

Die Ausschussmitglieder kommen überein, dass die Tagesordnungspunkte 5 und 6 aufgrund ihrer inhaltlichen Zusammengehörigkeit gemeinsam behandelt werden.

Einleitend erinnert die Verwaltung an die Vorlage zur Brandschutzsanierung des Rathauses aus dem Jahr 2012. Nachfolgend soll die Treppenturmlösung im Einzelnen kurz dargestellt werden (**vgl. Anlage**). So wird darauf hingewiesen, dass das geplante Nottreppenhaus verlagert wurde. Die einzelnen Stockwerke werden kurz näher erläutert und die Besonderheiten im Einzelnen aufgezeigt.

Betont wird, dass die geplante Verlagerung des Nottreppenhauses für die Statik die bessere Lösung darstellt. Bei der Planung wurde auch der Baumschutz berücksichtigt mit der Folge, dass kein Baum gefällt werden muss. Um jedoch die Treppe besser zu veranschaulichen, wurden die Bäume in der Präsentation weggelassen.

Abschließend stellt die Verwaltung den angedachten Zeitplan für die Brandschutzsanierung vor.

Auf Nachfrage berichtet die Verwaltung, dass die geänderte Planung gegenüber der alten kostenneutral ist. Auch berichtet die Verwaltung auf Anfrage zur Sicherheit im Winter, dass es sich um eine Stahlkonstruktion handelt, durch die Schnee und Eis hindurchfallen soll. Im Notfall wird auf die Hausmeister der Stadt Ahrensburg verwiesen.

Bezug nehmend auf die Ertüchtigung mit F90-Wänden wird die Verwaltung gebeten mitzuteilen, ob auch für die Haustechnik der Brandschutz berücksichtigt wurde. Dies wird von der Verwaltung bestätigt.

Auf Nachfrage erinnert der Vorsitzende, dass der Wegfall des Sitzungsraums im 6. OG bereits seit längerem bekannt ist und deshalb für die BPA-Sitzungen ab dem Jahr 2014 der Sitzungsraum im Peter-Rantzau-Haus gebucht wurde.

Die Verwaltung erinnert, dass nie ein gläsernes Treppenhaus vorgesehen war, sondern ein Rettungsweg unter einer Metallhaut. Aus Sicht des Denkmalschutzes fügt sich ein offenes Treppenhaus besser ein.

Herr Heitmann geht nachfolgend auf die Frage des Herrn Lange aus der Einwohnerfragestunde ein und betont, dass das Ahrensburger Rathaus knapp unter der Hochhausgrenze liegt. Grundsätzlich wäre das Rathaus aufgrund seiner Höhe anleiterbar, jedoch aufgrund seiner näheren Umgebung ist eine tatsächliche Anleiterung nicht möglich. Ergänzend hierzu wird darauf hingewiesen, dass auch weiterhin ein Versammlungsraum, wenn auch in kleinerer Form, vorgesehen ist und laut Feuerwehr ab einer Personenzahl von mehr als zehn Personen die Rettung über die Leiter schwierig ist, da pro Person ca. drei Minuten für die Rettung benötigt werden. Hierdurch geht eine konkrete Gefahr für die Nutzer des Rathauses aus, weshalb der Bestandschutz hier voraussichtlich nicht mehr greifen wird.

Nachfolgend geht Frau Dr. Hansen auf die Denkmalwürdigkeit des Ahrensburger Rathauses ein. Sie erinnert, dass dieses bereits als einfaches Kulturdenkmal eingestuft wurde und ihrer Auffassung nach die besondere Bedeutung ebenfalls vorliegt, weshalb sie davon ausgeht, dass die Unterschutzstellung noch vor der Sommerpause vollzogen werden soll. Sie betont, dass die Verwaltung dies bereits in ihrer Planung zur Brandschutzsanierung berücksichtigt hat und lobt diese umsichtige Vorgehensweise. Sie berichtet, dass die Denkmalschutzbehörde und die Verwaltung gemeinsam nach einer Lösung für den Rettungsweg gesucht haben und letztendlich zu dem Ergebnis gekommen sind, dass keine Konkurrenz zu dem Rathausturm geschaffen werden soll. Auch wenn das Rathaus keine wirkliche Hauptansicht hat, ist davon auszugehen, dass diese am ehesten aus Sicht des Rathausplatzes zu sehen ist.

Sie berichtet, dass es grundsätzlich zwei Ansichten im Denkmalschutz gibt. Entweder den Rettungsweg so zu bauen, als wäre er schon immer da gewesen oder bewusst zeigen, dass dies ein nachträglich eingebauter Rettungsweg ist und auch als solcher wirken darf. In Ahrensburg ist man zu dem Ergebnis gekommen, dass die Nottreppe als nachträgliche Einrichtung gesehen werden darf und Frau Dr. Hansen betont, dass Brandschutz kein verhandelbares Thema sei.

Zum weiteren Vorgehen erläutert sie, dass die Unterschutzstellung bereits vor der Sommerpause vollzogen werden soll und laut Gesetz kein Ermessensspielraum hierfür besteht.

Auf Nachfrage berichtet Frau Dr. Hansen, dass es aus ihrer Sicht wünschenswert wäre, wenn die Stadt Ahrensburg den Antrag auf Denkmalschutz für das Rathaus stellt, jedoch auch seitens des Landes die Initiative erfolgen könnte. Ferner berichtet sie, dass es derzeit wenig Mittel für die Bezuschussung von Denkmalpflegearbeiten gibt.

Nachdem mehrere Ausschussmitglieder die mögliche Kostenausweitung durch die Denkmalpflege ansprechen, betont Frau Dr. Hansen, dass auch Kultur ein wichtiges Thema der Politik ist und nicht nur Finanzen berücksichtigt werden dürfen. Hierzu berichtet Frau Dr. Hansen, dass bereits mehrfach Schulen die Rückmeldung gegeben haben, dass die Schüler nach Unterschutzstellung der Schulen einen besseren Umgang mit dem Gebäude gepflegt haben und auch Statistiken aufweisen, dass Schüler aus denkmalgeschützten Schulen einen besseren Notendurchschnitt aufwiesen. Auch wird betont, dass nach Unterschutzstellung nicht jeder Nagel von der Denkmalschutzbehörde genehmigt werden muss, sondern nur bei Grundsanierungen die Denkmalschutzbehörde eingeschaltet werden soll.

Hinsichtlich der Kosten betont ein Ausschussmitglied, dass die Funktionalität des Rathauses auch in absehbarer Zeit gegeben sein wird und aufgrund der Struktur keine finanziellen Risiken gesehen werden, da eine gute Substanz vorhanden ist.

Auf Nachfrage berichtet Frau Dr. Hansen, dass es sich bei dem Begriff Denkmalschutz um den rechtlichen Begriff handelt, der den Schutz an sich regelt, während die Denkmalpflege die praktische Pflege eines Denkmals darstellt.

Abschließend bestätigt Frau Dr. Hansen, dass beim Land derzeit keine großen Töpfe für die Denkmalpflege zur Verfügung stehen. Sie betont jedoch noch einmal, dass ein Teil der Bildungspolitik auch die Pflege der Baukultur ist. Ein Ausschussmitglied bittet Frau Dr. Hansen und die Verwaltung, einen kurzen Text zu entwerfen, der im Foyer aufgehängt werden könnte und für mehr Akzeptanz des Denkmalschutzes des Ahrensburger Rathauses sorgen könnte.

7. **Gestattungsvertrag über die Nutzung des Quartiersplatzes**

– *a b g e s e t z t* –

8. **Stadtverkehr Ahrensburg (Linienbus)** **- Bericht über den Verfahrensstand und die anstehenden Entscheidungen**

Bei dem vorliegenden Thema handelt es sich lediglich um eine Kenntnisnahme für den BPA. Die Vorlage soll den Verfahrensstand verdeutlichen. Ergänzend ist ein Folienvortrag (**vgl. Anlage**) vorbereitet worden, der den Mitgliedern des BPA vorab versandt wurde und ohne weitere Präsentation dem Protokoll beigefügt wird. Die Anregung der Verwaltung, dass der BPA abstimmt, wie die weiteren Anregungen/Aspekte zum Stadtverkehrskonzept gesammelt und gewertet werden sollen, findet große Zustimmung, da viele Ausschussmitglieder weitere Informationen wünschen.

Hierzu verweist ein Ausschussmitglied auf den beschlossenen Antrag AN/052/2012 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der 40.000 € für das Stadtbussystem und eine sogenannte Machbarkeitsstudie vorsieht. Die Verwaltung wird gebeten, hierzu den Verfahrensstand mitzuteilen. Ergänzend hierzu weist ein Ausschussmitglied darauf hin, dass die verwendeten Begrifflichkeiten, insbesondere des Wortes Stadtbus, unterschiedlich aufgefasst werden. So meint die Verwaltung unter Stadtbus das Linienbussystem innerhalb der Stadt Ahrensburg, während der Stadtverordnete Haase hierunter die Verwendung von sogenannten Midi-Bussen sieht.

Es besteht Konsens im Ausschuss darüber, dass die Verwaltung während der Sommerpause eine Gegenüberstellung ausarbeitet, entweder ein eigenständiges Bussystem einzuführen oder eine optimierte Anbindung an den Kreis/HVV anzustreben. Ferner sollten in dieser Vorlage die verschiedenen Begrifflichkeiten eindeutig geklärt werden.

Mehrheitlich sind die Ausschussmitglieder der Auffassung, dass die geänderte Linienführung der Linie 569 dazu führt, dass der Rosenhof abgehängt wird. Nach Auffassung der BPA-Mitglieder sollte dies vermieden werden, da den Bewohnern des Rosenhofs weitere Strecken zu Bushaltestellen nicht zuzumuten sind.

Ergänzend zur Buslinienführung am Rosenhof wird die Verwaltung gebeten zu überprüfen, ob es verkehrliche Maßnahmen gibt, die die Verkehrsführung insbesondere für Radfahrer und Fußgänger in diesem Bereich optimieren, um insbesondere im Hinblick auf den zunehmenden Verkehr durch das Neubaugebiet Erlenhof Unfälle zu vermeiden.

Ein Ausschussmitglied kritisiert, dass die Vorlage vorsieht aufgrund der schwierigen Verkehrsverhältnisse in der Hermann-Löns-Straße, den regelmäßigen Linienbusverkehr zu vermeiden. Insbesondere in diesem Bereich sowie der Friedensallee wird von Nutzern der Berufsschule wild im Straßenraum geparkt. Durch den Wegfall einer direkten Buslinie würde sich diese Situation nach Auffassung des Ausschussmitgliedes weiterhin verstärken.

Abschließend wird festgehalten, dass die Verwaltung nach der Sommerpause die Vor- und Nachteile eines eigenen Stadtbussystems unter Darstellung der Kosten präsentiert.

9. Kenntnisnahmen

9.1 SPNV- und ÖPNV-Vorgänge

Bereits in der BPA-Sitzung am 08.05.2013 hatte die Verwaltung berichtet, dass die Ingenieurgemeinschaft Vorentwurfsplanung S4 Ost im Auftrage der LVS eine CD mit den Unterlagen der Vorentwurfsplanung „Neubau/Ausbau S-Bahnlinie S4 (Ost) Landesgrenze Hamburg/Schleswig-Holstein – Bad Oldesloe“ zwecks Prüfung der Vorentwurfsplanung übersandt hat. Der Inhalt der am 08.05.2013 eingetroffenen CD soll nach Prüfung Gegenstand von Beratungen im Bau- und Planungsausschuss sein.

Da die Unterlagen relativ umfangreich sind und viele Detailpläne umfassen, ist darum gebeten worden, die Vorentwurfsplanung in Papier- bzw. Ordnerform zur Verfügung zu stellen. Zum Terminplan wurde gegenüber der LVS Schleswig-Holstein Landesweite Verkehrsservicegesellschaft mbH Folgendes ausgeführt:

Da in dem Anschreiben der Ingenieurgemeinschaft Vorentwurfsplanung S4 Ost keine Frist für die Prüfung genannt wurde, habe ich erst auf Nachfrage erfahren, dass Ihr Terminplan nur einen Zeitraum von 2 Wochen für die Stellungnahme vorsieht. In Abstimmung mit unserem Bürgermeister teile ich Ihnen offiziell mit, dass diese Zeitvorgabe nicht einzuhalten und so nicht angemessen ist. Davon ausgehend, dass wir die Vorentwurfsplanung kurzfristig in lesbarer Form zur Verfügung gestellt bekommen, bitten ich Sie angesichts der Bedeutung des Projektes für die Stadt Ahrensburg und der vielfältigen Berührungspunkte um die Möglichkeit, innerhalb der nächsten 6 Wochen schriftlich Stellung zu nehmen.

Ihr Einverständnis voraussetzend sage ich hiermit eine Reaktion des federführenden Fachdienstes bis zum **26.06.2013** zu.

Darüber hinaus hatte ich erwogen, bei diesem Thema den zuständigen Bau- und Planungsausschuss der Stadt Ahrensburg zu beteiligen. Aufgrund der Kommunalwahl am 26.05.2013 tagt dieser voraussichtlich aber erst am 07.08.2013. Ich bitte Sie, mir die Möglichkeit zu geben, etwaige Ergänzungen zu meiner Stellungnahme dann noch nachreichen zu dürfen.

In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass die Sitzung des Verkehrsausschusses beim Kreis Stormarn am 03.06.2013 unter anderem folgende Tagesordnungspunkte umfasst:

- Sachstand S4 – Gäste LVS (Herr Schemala), Ing.-Büro Inros Lackner AG und Ing. Büro Vössing
- ÖPNV Ahrensburg – Linie 576, Finanzierung Anbindung Ortsteil Wulfsdorf

Im Rahmen des letztgenannten Punktes wird es anhand einer (noch nicht bekannten) Vorlagen-Nr. 2013/1880 auch um den in der BPA-Sitzung am 17.04.2013 (vgl. Protokoll Nr. 06/2013; TOP 5 zu Vorlagen-Nr. 2013/049) besprochenen Antrag gehen, ob und inwieweit sich der Kreis Stormarn finanziell an der Verlängerung der Linie 576 vom U-Bahnhof Ahrensburg West in den Stadtteil Wulfsdorf beteiligt.

9.2 Abschnittsweise Deckenerneuerung im Dänenweg 2013

Im Dänenweg erfolgt 2013 zwischen den Straßen Am Hagen und Jonny-Loesch-Weg eine Deckenerneuerung in gesamter Straßenbreite. Die Einmündungen der Reiterstraße und Jägerstraße werden bis zum Ende der Kurvenradien mit einbezogen. Die Sanierung erfolgt bis zum Ende des Kurvenradius in der Straße Am Hagen sowie bis zum Beginn der Straße Jonny-Loesch-Weg.

Die oben genannte Maßnahme ist eine Maßnahme aus dem Radverkehrskonzept und liegt auf der geplanten Velo-Route A7. Hierdurch verbessern sich der Komfort und die Sicherheit des Radfahrers erheblich sowie der Substanzerhalt der Fahrbahn.

Die Kosten für die Deckensanierung betragen ca. 150.000 €. Diese Mittel stehen im Haushaltsjahr 2013 im Produktsachkonto 54100.5221000 zur Verfügung.

9.3 Umgestaltung des Verbindungsweges Lohkoppel/Rickmerspark

Die Verwaltung nimmt Bezug auf den Tagesordnungspunkt 8.4 der BPA-Sitzung 07/2013 vom 08.05.2013.

Nach der Neuverlegung der Frischwasserleitung im Verbindungsweg Lohkoppel/Rickmerspark wurde der Mittelstreifen befestigt, um den Pflege- und Unterhaltungsaufwand zu minimieren. Ursprünglich war dort auch eine Schottertragschicht vorhanden, die jedoch durch Rasen verdeckt war.

Diese Befestigungsart wurde ausgewählt, da nicht ausgeschlossen werden kann, dass Reinigungsfahrzeuge oder der Winterdienst diesen Mittelstreifen gegebenenfalls überfahren müssen.

9.4 Niederschrift der Sitzung der Fluglärmenschutzkommission

Dem Protokoll wird als **Anlage** beigefügt die Niederschrift über die 207. Sitzung der Fluglärmenschutzkommission für den Flughafen Hamburg vom 14.02.2012.

9.5 Fluglärmreport 26 der Flughafen Hamburg GmbH

Dem Protokoll wird als **Anlage** beigefügt eine Zusammenfassung des Fluglärmreports 26 der Flughafen Hamburg GmbH vom 26.03.2013. Hierin wird in komprimierter Form über die Fluglärmentwicklung in der näheren Umgebung des Flughafens Hamburg berichtet.

9.6 Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans 2015

Die Verwaltung berichtet, dass das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie des Landes Schleswig-Holstein auf das Schreiben der Stadt Ahrensburg vom 20.02.2013 reagiert hat und der Stadt Ahrensburg sowohl für die Südumfahrung als auch die Nordtangente eine Berücksichtigung im Rahmen des Bundesverkehrswegeplans versagt hat (**vgl. Anlage**).

9.7 Bauvorhaben Parkaue

Der Bürgermeister berichtet, dass das Schleswig-Holsteinische Verwaltungsgericht den Antrag auf Anordnung aufschiebenden Wirkung zum Bauvorhaben Parkaue 22 abgelehnt hat. Möglicherweise deutet dies darauf hin, dass auch im Hauptverfahren zugunsten des Bauvorhabens entschieden wird.

Ein Ausschussmitglied teilt hierzu mit, dass die Vermessungspflöcke seiner Einschätzung nach zu dicht an der Aue gesetzt wurden.

9.8 Mängelliste des Behindertenbeirates

Die Verwaltung nimmt Bezug auf den Tagesordnungspunkt 9.2 der BPA-Sitzung 05/2013 vom 17.04.2013 und fügt dem Protokoll als **Anlage** die zusammenfassende Stellungnahme zur Mängelliste des Behindertenbeirates bei.

10. Verschiedenes

10.1 Erweiterung Hugo-Schilling-Weg

Ein Ausschussmitglied nimmt Bezug auf den B-Plan Nr. 91 Hansdorfer Straße und bittet die Verwaltung mitzuteilen, wie der Sachstand zur Erweiterung des Hugo-Schilling-Weges ist. Auch wird kritisiert, dass die Realisierung anders als geplant erfolgt. Die Verwaltung wird gebeten, dies zu überprüfen.

10.2 Begrünung Klaus-Groth-Straße

Ein Ausschussmitglied betont, dass in der nächsten Legislaturperiode zeitnah die Begrünung der Klaus-Groth-Straße erfolgen sollte. Hierzu wird ergänzend darauf hingewiesen, dass bereits Mittel im Haushalt 2013 hierfür vorgesehen sind.

10.3 Verweisung an Umweltausschuss

Ein Ausschussmitglied bezieht sich auf ein Schreiben eines Bürgers zur EU-Umgebungslärmrichtlinie. Bevor er näher auf das Schreiben eingehen kann, weist der Vorsitzende ihn darauf hin, dass dies ein Thema für den Umweltausschuss ist.

10.4 Fahrstuhl in der Manhagener Allee

Ein Ausschussmitglied berichtet, dass nach Aussage von Bürgern der Fahrstuhl in der Manhagener Allee, auch wenn er sich bereits oben befindet, zunächst nach unten fährt und dann wieder hochkommt. Die Verwaltung wird gebeten, dies zu überprüfen.

Anmerkung der Verwaltung:

Nach Vor-Ort-Kontrolle des Fahrstuhls kann keine Fehlfunktion festgestellt werden. Der Fahrstuhl war bei Überprüfung voll funktionsfähig und hat die Türen ohne vorheriges Runterfahren geöffnet.

10.5 Verschönerung der Rampen in der Klaus-Groth-Straße

Ein Ausschussmitglied nimmt Bezug auf den Antrag AN/100/2011 zum künstlerischen Wettbewerb Klaus-Groth-Straße und bittet die Verwaltung mitzuteilen, ob es hier schon neue Ergebnisse gibt. Der Bürgermeister berichtet hierzu, dass die Stadt Ahrensburg nicht Eigentümer der Rampen ist und deshalb den künstlerischen Wettbewerb nicht ohne weiteres durchführen kann.

10.6 Abstimmung mit den Ahrensburger Schulen

Ein Ausschussmitglied nimmt Bezug auf den TOP 7.8 der BPA-Sitzung vom 08.05.2013 und bittet die Verwaltung mitzuteilen, ob eine Abstimmung zwischen dem Fachdienst IV.4/Zentrale Gebäudewirtschaft und den Schulen erfolgt. Hierzu wird darauf hingewiesen, dass in enger Zusammenarbeit mit dem Fachdienst II.5/Schulangelegenheiten die Zusammenarbeit mit den Schulen erfolgt.

10.7 Sondernutzung durch den Eispavillon Hagener Allee

Bezugnehmend auf den Tagesordnungspunkt 8.7 der BPA-Sitzung vom 08.05.2013 bittet ein Ausschussmitglied die Verwaltung mitzuteilen, wie vorgegangen werden kann, wenn sich der Besitzer des Eispavillons über die Aufforderung hinwegsetzt und das Außengestühl nicht entfernt.

Anmerkung der Verwaltung:

Bereits zweimal wurde der Besitzer des Eispavillons schriftlich aufgefordert, das neben dem neu errichteten Pavillon zusätzlich platzierte Außengestühl zu entfernen.

So wurde folgende Passage als Auflage in die am 10.05.2013 erteilte Sondernutzungsgenehmigung aufgenommen:

„Außerhalb der gekennzeichneten und durch den festen Pavillon vorgegebenen Fläche dürfen keine (zusätzlichen) Tische und Stühle aufgestellt werden“.

Die Verwaltung wird regelmäßige Kontrollen durchführen.

Sollten weiterhin Stühle außerhalb des Pavillons aufgestellt werden, wird die Bauverwaltung Zwangsmaßnahmen nach dem Landesverwaltungs-gesetz Schleswig-Holstein bis zur Ersatzvornahme anwenden. Daneben werden Sondernutzungsgebühren für die tatsächlich genutzte Fläche erhoben.

Letzten Endes könnte bei bewusster Nichteinhaltung die stets unter Widerruf erteilte Erlaubnis für die Flächennutzung durch den gerade errichteten Pavillon entzogen werden.

10.8 Danksagung durch den Vorsitzenden

Der Vorsitzende zieht ein Resümee der vergangenen fünf Jahre und geht dabei kurz auf einige wesentliche Projekte ein. Er bedankt sich bei den Ausschussmitgliedern sowie der Verwaltung für die gute und konstruktive Zusammenarbeit. Dem entgegnet der Bürgermeister als Vertreter der Verwaltung, dass auch diese sich für die gute Zusammenarbeit mit dem Ausschuss bedankt.

gez. Jörg Hansen
Vorsitzender

gez. Maren Uschkurat
Protokollführerin